

lehre sehr lebhaft interessiert ist, so fällt das Exempel schließlich doch so aus, daß ein Minus für Deutschland herauspringt.

Wichtig sind ferner die Bestimmungen des Vertrags über Eisenbahntarife und Eisenbahnverkehrsmittel. In Betreff der Tarife ist festgesetzt, daß Güter aus Oesterreich auf den deutschen Bahnen nach den gleichen Sätzen und mit den gleichen Vergünstigungen verkehren sollen, wie die deutschen — und umgekehrt: also ein wechselseitiges Verhältnis, eine völlige Gleichstellung österreichischer und deutscher Güter, gegen die sich schwerlich viel einwenden läßt. Anders steht es mit der Bestimmung über die Eisenbahnbetriebsmittel. Nach Art. 17 des Vertrags „verpflichten sich die vertragschließenden Theile, den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten gegen Störungen und Behinderungen sicherzustellen; in Bezug auf Eisenbahnbetriebsmittel, welche aus den Gebieten des einen vertragschließenden Theiles in die des anderen im Verkehr übergegangen sind, findet in diesen letzteren Gebieten wegen wie immer gearteter Forderungsansprüche gegen die Bahnanstalt, welcher das Eigentum an den Fahrbetriebsmitteln zusteht, eine Bewilligung von Beschlagnahme, Arrest, Pfändung, Sequestration oder sonstigen Sicherstellungs- oder Executionsmaßregeln im gerichtlichen oder administrativen Wege nicht statt.“ Um diese Bestimmung zu verstehen, muß man wissen, daß deutsche Gläubiger österreichischer Bahnen mit diesen vielfach in Betreff der Zahlungsweise der Coupons (ob in Gold oder Silber) in Streit gerathen sind, daß die deutschen Gerichte, in letzter Instanz das Reichsoberhandelsgericht in Leipzig, sich für die Zahlung in Gold ausgesprochen haben und daß diese letzteren seither von den Gläubigern, auf Grund jener gerichtlichen Entscheidungen, durch Beschlagnahme von in Deutschland verkehrenden Wagen der betreffenden Eisenbahnen erzwungen worden ist. Dieses wirksame Mittel zur Befriedigung ihrer Ansprüche verlieren nun die betheiligten Reichsangehörigen durch das im neuen Vertrage ausgesprochene Verbot der Beschlagnahme. Auch hier haben wir also eine Einbuße zu verzeichnen, die durch irgend einen entsprechenden Gewinn nach anderer Seite hin nicht ausgeglichen wird. Der Vertrag ist, wie gesagt, bereits mit dem Beginne des neuen Jahres in Kraft getreten; er bedarf zwar noch der Zustimmung des Reichstages; aber dieser wird, wenn er im Februar zusammentritt, einer vollendeten Thatsache gegenüber stehen. Für dieses Jahr müssen wir uns wohl schon in das Unvermeidliche fügen, zu vergessen suchen, „was nicht mehr zu ändern ist“ und uns mit der Zuversicht trösten, daß das Uebergangsstadium, welches das alte Jahr uns als lästige Erbschaft hinterlassen, das Jahr 1879 nicht überleben wird.

Wochenschau.

Das Holschreiben des Reichskanzlers vom 15. December vorigen Jahres stand auch in der verflossenen Woche im Vordergrunde der politischen Besprechung, die sich nach wie vor um die Frage: Freihandel oder Schutz Zoll? dreht. Ja, dieser Streit hat inzwischen neue Nahrung erhalten durch zwei weitere Schreiben des Reichskanzlers an die Schutzöllner unter den Lederindustriellen und unter den Landwirthen. Alle diese Kundgebungen des Fürsten Bismarck haben jedenfalls das Verdienst, kräftige Anstöße zu einer gründlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Lagern gegeben zu haben, von denen das eine im Interesse der heimischen Industrie deren Schutz durch Bölle, das andere im Interesse des Handels und der Consumenten die Freihaltung des Grenzverkehrs anstrebt. Dem Ausgange dieses Klärungsprocesses, der das nöthige Material für die Verhandlungen des Reichstages vorbereiten wird, können wir ohne politische Leidenschaft entgegen sehen; denn als eine politische Parteifrage ist diese Frage (der wir übrigens demnächst einen besondern orientirenden Artikel widmen wollen) nicht zu betrachten. Das freilich muß den Vaterlandsfreunden aller Richtungen am Herzen liegen, daß den Finanzen des Reiches aufgeholfen und die Entwicklung der deutschen Industrie geschützt werden muß, soweit ein Bedürfnis dazu nachgewiesen ist und andere Interessen nicht vorwiegen.

Wir erwähnten bereits früher, daß Fürst Bismarck nicht abgeneigt sei, zur Erfüllung der nothwendigen constitutionellen Vorbereitungen für die Reichsteuerreform die Hand zu bieten. Die Anträge, die zu diesem Zwecke zunächst im preussischen Abgeordnetenhanse gestellt worden sind (um dessen Steuerbewilligungsrecht auch nach dem Wegfall der Matricularbeiträge sicher zu stellen), liegt jetzt der Budgetcommission zur Berathung vor. Die halbamtliche „Provinzialcorrespondenz“ behandelt die Frage in sehr verständnisvoll, der Verständigung förderlichem Tone.

Von Bedeutung ist eine Verfügung, welche der preussische Handelsminister Maybach an die Provinzialregierungen über die Wiederbelebung des Innungswesens erlassen hat. Daß eine solche, natürlich im Geiste der Neuzeit, nothwendig sei, um das Handwerk wieder zu einer gedeihlichen Entwicklung zu bringen, wird jetzt mehr und mehr anerkannt. Die Verfügung weist nun darauf hin, daß schon die deutsche Gewerbeordnung, wenn sie auch die Innungen ihres Characters als öffentlich-rechtlicher Corporationen im Wesentlichen entkleidet, dennoch den Vereinigungen der Handwerker eine sichere Grundlage gewährt; sie fordert die Behörden auf, überall die Reubelebung der Innungen anzuregen und empfiehlt dazu als Muster das vom Abg. Miquel entworfene Osnabrücker Innungsstatut. — Wichtig für die Arbeiterwelt ist ferner ein Schreiben desselben Ministers Maybach an die Eisenbahn-Directionen, in welchem die Ausbildung von Lehrlingen in Eisenbahn-Werkstätten angeordnet und vorgezeichnet wird.

Die Friedensunterhandlungen mit Rom sind noch immer nicht vom Fleck gerückt. Zwischen der letzten Rede Fall's und dem Briefe des Papstes an den früheren Kölner Erzbischof gähnt eine weite Kluft, die sich schwer ausfüllen lassen wird. Die clericalen Organe haben wieder eine schroffe Sprache angenommen, und man macht sich auf neue Kulturkampfdebatten im preussischen Abgeordnetenhanse gefaßt. Möglich ist es aber immerhin, daß die römische Curie, die sehr schlaue mit den Machtverhältnissen zu rechnen weiß, Deutschland gegenüber mildere Saiten aufziehen wird unter dem Eindrucke des schweren Schlags, den sie soeben in Frankreich erlitten hat. Die Senatswahlen, die dort am 5. Januar stattgefunden haben, brachten den Republikanern einen glänzenden Sieg und damit den Ultramontanen, die auf diese Wahl ihre letzten Hoffnungen gesetzt hatten, eine vollständige Niederlage. Jemehr daher die Curie in Frankreich an Boden zu verlieren fürchtet, desto mehr wird sie in Deutschland durch freundliche Annäherung wieder zu gewinnen suchen. — Was die französischen Republikaner selbst betrifft, so gönnen wir diesen ihren Sieg und wünschen nur, daß er sie nicht berausche und aus der im letzten Jahre eingehaltenen Bahn der Mäßigung reiße. Gambetta ist die Seele der republikanischen Partei und wird nunmehr, obwohl er keinerlei amtliche Stellung bekleidet, sogar thatsächlich, über Mac Mahon's Kopf hinweg, die Zügel der Regierung in die Hände bekommen. Sein Organ, die „Republique francaise“, kündigt bereits an, daß erklärte Feinde der Republik in Zukunft nicht mehr in öffentlichen Stellungen geduldet werden können. Gambetta und seine Freunde sind von ihrem Standpunkte aus vollkommen berechtigt, ja verpflichtet, in dieser Richtung gründlich aufzuräumen; nur mögen sie sich vorsehen, daß sie von ihren radicalen Flügelmännern und Nebenbuhlern weder ins Schlepptau genommen noch verdrängt werden und daß die Politik der inneren Kräftigung und friedlichen Sammlung, welche die gemäßigten Republikaner auf ihr Banner geschrieben, nicht unberücksichtigt in eine Politik der „revanche pour Sedan“ (Rache für Sedan) umschlage. Gegen solche Anwendungen wird Deutschland auf seiner Hut sein, den Aufschwung einer wahrhaft friedlichen französischen Republik aber gewiß gern und mit neidloser Theilnahme begrüßen.

Oertliches und Sächsisches.

Im hiesigen reichstreuem Verein wird nächsten Donnerstag Herr Vicebürgermeister Dr. Stephani aus Leipzig einen Vortrag halten, und zwar über „die Friedenspolitik des deutschen Reiches“. Wegen des Näheren verweisen wir auf die im Inseraten-

theile des vorliegenden Blattes enthaltene Einladung zu dieser Versammlung, an welcher auch Nichtmitglieder von hier und aus der Umgegend theilnehmen können.

Wir gedachten bereits eines neulich im Chemnitzer Arbeiterverein angenommenen Vorschlages, nach welchem anlässlich des bevorstehenden goldenen Jubiläums des Kaisers die Wilhelmsspende erneuert werden soll, die zur Begründung einer Volks-Rentenversicherungsanstalt zu verwenden ist. In vor. Nr. brachten wir die Mittheilung von einem Handschreiben des deutschen Kronprinzen an den Minister Eulenburg, in welchem die Bitte ausgesprochen wird, es möchten dem Kaiser zu dem genannten Jubelfeste keine persönlichen Geschenke übersandt, vielmehr zu Ehren dieses Tages milde Stiftungen begründet oder bestehende Wohlthätigkeitsanstalten mit Gaben bedacht werden. In Anknüpfung hieran möchten wir hiermit wiederholt jenen Vorschlag in Betreff der Erneuerung der Wilhelmsspende empfehlen, die gewiß im Sinne des Kaisers und des Kronprinzen sein würde.

Bis zum Schlusse des Jahres 1878 sind insgesammt 189 socialdemokratische Vereine oder Verbindungen, 58 periodische und 210 nichtperiodische Druckschriften auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878 verboten worden.

Die auf das Königreich Sachsen, die Provinz Sachsen und Thüringen berechnete kunstgewerbliche Ausstellung, die in diesem Jahre in Leipzig stattfinden soll, wird am 1. Mai eröffnet werden. Mit dem Bau der Ausstellungshalle (auf dem Königsplatze) wird am 1. Februar begonnen werden; zur Ausschmückung der Halle soll ein Theil der Gegenstände verwandt werden, die den deutschen Kunstpavillon auf der Pariser Weltausstellung geziert haben. Die Anmeldungen gehen zahlreich ein; die Anmeldungsfrist läuft mit dem 15. Januar ab.

Aus Freiberg erfahren wir, daß kürzlich daselbst eine Besprechung stattgefunden hat, in welcher über Maßregeln zur Einschränkung der Bucherfreiheit Erörterung gepflogen wurde. Die Besprechung, die durchaus einen privaten und geschlossenen Character trug, war nicht nur aus Freiberg selbst, sondern auch aus Hainichen, Frankenberg u. s. w. besucht.

Großes Aufsehen erregt in Dresden die soeben erfolgte Verhaftung einer Falschmünzergande. Bei einem Dresdner Photographen bestellten zwei Böhmen aus der Tetschener Gegend negative Platten von österreichischen Guldenscheinen. Der Photograph ging anscheinend auf das ihm gestellte Ansuchen ein und veranlaßte die Verhaftung der Versucher. Dem Vernehmen nach sind in den Inhaftirten schon lange gesuchte Fälscher und Falschmünzer von österreichischen Noten entdeckt worden.

In Reinhardt'sdorf bei Pirna stürzte ein 3 jähriges Mädchen in ein in einer Hausflur stehendes Faß, in das man die noch kochende Würstbrühe soeben erst aus dem Kessel hineingegossen hatte, um den Kessel zu reinigen. Obgleich man sofort das Kind herausriß, erlag es doch nach wenigen Stunden seinen nicht unbedeutenden Brandwunden.

In einer Arbeiterfamilie des Rittergutes Dimbach bei Wilddruff verstarb in diesen Tagen infolge arger Fahrlässigkeit an Vergiftung durch phosphorhaltige Mäusepillen ein blühender, hübscher vierjähriger Knabe.

Am 9. Januar ist der seit ca. 23 Jahren bei dem Rentier Pohle in Gräna bei Chemnitz in Dienst stehende und gut beleumundete Kutscher Karl Gottlob Väsfig, 69 1/2 Jahre alt, Hausbesitzer in Gräna, muthmaßlich beim Einschreiten der Pferde von dem einen derselben im Stalle so geschlagen und getreten worden, daß er eine Stunde darauf verstorben ist. Väsfig hinterläßt eine Frau und 5 erwachsene Kinder.

In Schandau belustigte sich dieser Tage ein 16 jähriges Mädchen gleich vielen anderen mit Schlittensfahrten an den Abhängen des Elbufers und verunglückte dabei auf traurige Weise, indem sie mit ihrem Schlitten gradewegs in die Elbe fuhr und bei dem hohen Wasserstande sofort darin verschwand.

Am 10. Januar trat in Plauen ein Schornsteinfegergehülfe, als er sich von der einen Esse nach der anderen begeben wollte, auf ein mit